Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 25. Juli 2025 | Nr. 29/30 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
EU-Stromabkommen gefährdet Schweizer Versorgungssicherheit
Seite 2

Kanton Zürich
Teilrevision des Polizeigesetzes auf gutem Weg
von Jacqueline Hofer
Seite 3

Aktuell
Einen nüchternen Kopf bewahren
von Christoph Blocher
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Drohende Blackouts durch Klima-Wahn
von Johann Widmer
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Sonderparteitag am 13.8. in Winterthur
Seite 5

INDIREKTER GEGENVORSCHLAG ZUR «STEUERGERECHTIGKEITSINITIATIVE»

NEIN zum Steuerschwindel – Referendum zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung

Eine äusserst knappe Parlamentsmehrheit einer unheiligen Allianz hat mit dieser Reform einen Rohrkrepierer durchgezwängt, welcher nicht durchdacht ist, ein Bürokratiemonster mit neuen Ungerechtigkeiten schafft und im Widerspruch zur Ehe als wirtschaftliche Einheit steht. Unterstützen deshalb auch Sie unbedingt das Referendum.

Die Vorlage zur Individualbesteuerung verspricht Gleichbehandlung – in Wahrheit bedeutet sie aber höhere Steuern für den Mittelstand, bürokratischen Aufwand und die Entwertung traditioneller Familienmodelle. Bild: Adobe Stock

Die sogenannte «Heiratsstrafe» soll abgeschafft werden. Das Parlament hat mit 101 zu 93 Stimmen beschlossen, dass Ehepaare künftig zwei Steuererklärungen ausfüllen sollen – also separat besteuert werden. Was auf den ersten Blick vernünftig tönt, ist bei genauer Betrachtung das Gegenteil. Es verkompliziert alles und schafft neue Ungerechtigkeiten.

Asoziales Bürokratiemonster

Diese Reform ist nicht sozial, sondern asozial. Betroffen sind vor allem traditionelle Familien mit Kindern, aber auch Rentnerpaare und der Mittelstand. Es ist eine Umverteilung von unten nach oben und genau das lehnen wir ab.

Die Umstellung löst auf einen Schlag 1,7 Millionen neue Steuererklärungen aus, die alle bearbeitet, kontrolliert und im Bereich des Vermögens parallel angeschaut werden müssen. Das benötigt über 1700 neue Steuerbeamte, die keine zusätzliche Wertschöpfung bringen, aber die Staatsquote zusätzlich erhöhen. Damit nicht genug: Bei jedem Stipendiengesuch, bei der Musikunterrichtsanmeldung, bei der Kita oder bei der Krankenkassenprämienverbilligung müssen künftig zwei Steuerveranlagungen eingereicht und überprüft werden.

Widerspruch zur Ehe als wirtschaftliche Einheit

Die Einkommensdeklaration ist ja noch relativ einfach möglich. Komplexer wird es im Falle einer Ehe mit Errungenschaftsbeteiligung – und das sind heute die allermeisten Ehen – mit dem Vermögen, für alle mit gemeinsamem Eigentum und alle selbtstständig Erwerbstätigen mit einfacher Gesellschaft. Wie wollen Sie hier eine Vermögensaufteilung machen? Da gibt es aus der Errungenschaft eine Ersatzforderung gegenüber dem Eigengut der Ehefrau und anschliessend muss die Errungenschaft auf die beiden Vermögensmassen aufgeteilt werden. Oder einfach gesagt: Sie machen jedes Jahr eine güterrechtliche Auseinandersetzung. Kurz: Bevor Sie die Steuererklärung ausfüllen, müssen Sie jedes Jahr finanziell eine Scheidung vollziehen.

Die Ehe gilt als wirtschaftliche Einheit. Das gilt bei Stipendien, bei der Fürsorge oder im Altersheim. Auch bei den Sozialversicherungen werden die Einkommen gesplittet. Bei der Errungenschaftsbeteiligung, dem gesetzlichen Güterstand, werden die während der Ehe erworbenen Vermögenswerte gemeinsam verwaltet und im Falle einer Scheidung geteilt. Die Individualbesteuerung widerspricht diesem Grundsatz und will de facto nur noch den Güterstand der Gütertrennung.

Ungerecht

Die Individualbesteuerung privilegiert eine Aufteilung der Erwerbstätigkeit zu je 50%. Wählt eine Familie eine andere Aufteilung, wird sie durch die Progression steuerlich benachteiligt. Der Staat fördert so einseitig ein Familienmodell – das ist aber nicht Aufgabe des Staates, das sollen die Ehepartner selbst wählen können. Das Splitting wäre hier die richtige Antwort. Dabei wird das gesamte Einkommen, also das beider Ehepartner, zusammengerechnet. Das steuerbare Einkommen der Ehepartner wird sodann durch einen bestimmten Divisor geteilt. Das sogenannte Vollsplitting mit Divisor 2 beispielsweise erfolgt zum Satz des halben Gesamteinkommens.

Würde es den Befürwortern tatsächlich um die Abschaffung der Heiratsstrafe wegen der Steuerprogression gehen, gibt es einfache Lösungen: Mit Tarifanpassungen, dem Splitting oder der Alternativrechnung – wie es im Übrigen die meisten Kantone seit dem Bundesgerichtsurteil von 1984 erfolgreich umsetzen. Dazu braucht es nicht noch mehr Bürokratie mit zusätzlichen Steuererklärungen und neuen Ungerechtigkeiten.

Darum braucht es unbedingt das Referendum, damit die Bevölkerung diesen Steuerschwindel begraben kann und den Weg frei macht zu einer pragmatischen Abschaffung der Heiratsstrafe, wie sie die meisten Kantone bereits umgesetzt haben.

Martin Hübscher
Nationalrat SVP
Bertschikon bei Wiesendangen

Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.
Melden Sie sich bei uns!
info@blickfaenger.ch | 043 499 24 19
blickfänger.ch
Auffallend mobil. Auffallend günstig.

Jetzt unterschreiben & direkt einsenden!

STEUER-SCHWINDEL NEIN!

MEHR BÜROKRATIE. MEHR KOSTEN. KEINE LÖSUNG.

Unterschreiben Sie jetzt das Referendum gegen den teuren und unsozialen Steuer-Schwindel!

Wir brauchen Ihre Hilfe: In einer unheiligen Allianz haben FDP und SP im Parlament ihre Vorlage für die teure, unsoziale und familienfeindliche Individualbesteuerung durchgedrückt.

Dagegen ergreifen wir von der SVP zusammen mit Die Mitte, EDU und EVP das Referendum. Wir wollen, dass die Bevölkerung über dieses schädliche Gesetz abstimmen kann. **Dafür brauchen wir 50 000 Unterschriften bis Ende September 2025**.

Jetzt kommt es auf Sie an: **Unterschreiben Sie noch heute** das Referendum gegen den Steuer-Schwindel! Den entsprechenden **Unterschriftenbogen ist dieser Ausgabe des «Der Zürcher Bauer» beigelegt!**

Weitere Unterschriftenbögen können beim Kantonalsekretariat via Telefonnummer 044 217 77 66 oder **sekretariat@svp-zuerich.ch** bestellt werden.

Die Mitte | EVP | SVP | EDU UDF

Wir zählen auf Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank für Ihre Unterschrift!

Christoph Mörgeli

Bernischer Schweizer in Pristina

«20 Minuten» berichtete wie folgt: «Mordprozess in Pristina: Schweizer beteuert Unschuld. Schweizer soll Freundin in den Tod gestossen haben. Ein Schweizer steht in Kosovo wegen Mordes vor Gericht.» Der «2023 in Kosovo festgenommene Schweizer» soll in der Stadt Fushë Kosova seine Freundin schwer misshandelt und vom sechsten Stock eines Hotels aus dem Fenster in den Tod gestossen haben. «20 Minuten» weiss auch: «Der Schweizer habe die Frau zuvor bereits auf dem Hotelparkplatz mit einem Auto angefahren und versucht, sie zu überfahren.» Um dann im Hotelzimmer weiter auf sie einzuschlagen. Der Staatsanwalt plädierte vor dem Gericht in Pristina auf Mord. «Der Schweizer befindet sich in Untersuchungshaft.»

Soviel Schweiz gabs noch nie in einem Kriminalfall. Ein Sommerfestival an Swissness. Sogar der Tag des mörderischen Fensterwurfes fiel auf den Schweizer Nationalfeiertag, den 1. August 2023. Der «Blick» weiss noch präziser: «Die Staatsanwaltschaft wirft dem Berner ‹schwere Tötung› vor.» Der mutmassliche Täter war also ein bernischer Schweizer. Nur fragt sich, ob die Guggisbergs, Fankhausers oder Gerbers ihre freie Zeit in Fushë Kosova verbringen. Ganz abgesehen davon, dass die behäbigen, friedfertigen Berner für ihre Züpfe, Merängge und Mandelbärli berühmt sind. Nicht aber für ihre Femizide.

Selbstverständlich ist der angebliche bernische Schweizer weder ein eigentlicher Berner noch ein eigentlicher Schweizer. Da können unsere Medien noch so verkrampft und penetrant das Gegenteil behaupten. Die kosovarische Presse ist viel ehrlicher: Sie benennt E. N. mit vollem Namen – und damit auch seine Herkunft aus dem Kosovo. Wo Schweiz draufsteht, ist oft sehr wenig Schweiz drin.

Eine Nennung der Nationalität bei Verbrechen bringt oftmals nichts. Denn der Masseneinwanderung in die Schweiz ist längst die Masseneinbürgerung gefolgt. Für allzu dumm sollten aber die Medien ihr Publikum auch nicht verkaufen. Zwar hat Bismarck behauptet: «Das Ausländische hat immer einen vornehmen Anstrich für uns.» Doch wer «immer» sagt, lügt immer.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 10. JULI 2025 IN KÜSNACHT

Von Eigenmietwert bis EU-Vertrag: SVP-Delegierte stellen die Weichen

Am Donnerstag, 10. Juli 2025, trafen sich rund 200 Delegierte der SVP des Kantons Zürich zur zweiten Delegiertenversammlung des Jahres in der Heslihalle in Küsnacht.

Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich
Seuzach

Bei sommerlichem Wetter wurde der Abend mit einem geselligen Vorprogramm eröffnet und von der Harmonie Eintracht Küsnacht musikalisch umrahmt. Im Anschluss an die Begrüssung durch den Gemeindepräsidenten Markus Ernst (FDP) und die Standortbestimmung des Parteipräsidenten und Kantonsrates Domenik Ledergerber widmeten sich die Delegierten den bevorstehenden Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2025 auf eidgenössischer und kantonaler Ebene.

Eigenmietwert: Auf dem Weg zu einem gerechteren Steuersystem

Nationalrat Gregor Rutz informierte über die bevorstehende nationale Abstimmung zur Einführung einer kantonalen Liegenschaftssteuer auf Zweitwohnungen. Diese Verfassungsänderung ist der Schlüssel zu einer bedeutenden Reform: Nur wenn sie angenommen wird, kann auch die gesetzliche Abschaffung des Eigenmietwerts in Kraft treten – die beiden Elemente sind also eng miteinander verknüpft, auch wenn formal nur über die Liegenschaftssteuer abgestimmt wird.

Gregor Rutz machte deutlich, dass die heutige Besteuerung eines fiktiven Eigenmietwerts eine erhebliche Belastung darstellt, insbesondere für Familien und ältere Wohneigentümer. Die geplante Reform verfolgt das Ziel, diese ungerechte Doppelbesteuerung zu beenden. Gleichzeitig erhalten die Kantone durch die vorgeschlagene Liegenschaftssteuer ein neues Instrument, um Zweitwohnungsbesitz gezielt zu besteuern. Die Vorlage wurde von den Delegierten einstimmig unterstützt.

Digitale Identität: Mit Vorsicht vorwärts

Ein weiteres wichtiges Traktandum war das neue E-ID-Gesetz. Nationalrat Mauro Tuena betonte, man anerkenne die Notwendigkeit eines sicheren digitalen Identitätssystems, doch sei insbesondere bei Datenschutz und staatlicher Kontrolle Vorsicht geboten. Die Diskussion unter den Delegierten zeigte hingegen: Das Vertrauen in eine staatlich kontrollierte Lösung ist höher als in ein privates Modell, doch es bestehen weiterhin erhebliche Bedenken hinsichtlich möglicher Missbräuche und Datenweitergabe. Die anwesenden Stimmberechtigten beschlossen mit 132 Nein- gegen 54 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen die NEIN-Parole.

Kantonales Energiegesetz: Klima-Wahn stoppen

Zum kantonalen Energiegesetz, gegen welches die SVP erfolgreich das Referendum ergriffen hatte, informierte Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann über den Stand der Abstimmungskampagne. Die mit überstürzten Klimazielen, einem unrealistischen Netto-Null-Ziel bis 2040 und massiven Eingriffen in Eigentumsrechte gespickte Zwangsvorlage ist ideologisch überladen und für die Zürcher Bevölkerung nicht tragbar. Er rief zum Widerstand gegen ideologische Bevormundung, linke Umerziehungsfantasien und teure staatliche Eingriffe auf. Bereits im März hatten die Delegierten einstimmig die NEIN-Parole zu dieser Vorlage beschlossen.

Mobilitätsinitiative: Freiheit statt Fahrverbote

Mit Blick auf die Mobilitätsinitiative, welche von einer Mehrheit des Kantonsrates befürwortet und am 30. November 2025 dem Zürcher Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt wird, erläuterte Nationalrat Mauro Tuena die laufende Kampagne und warnte eindringlich vor den zunehmenden Einschränkungen im Strassenverkehr, die insbesondere den motorisierten Individualverkehr unverhältnismässig belasten. Die Initiative fordert deshalb, dass Tempobeschränkungen unterhalb der bundesrechtlich vorgesehenen Höchstgeschwindigkeit nur in begründeten Ausnahmefällen wie Zentrumsdurchfahrten und nur auf kurzen Strecken möglich sein sollen, wo sie auch wirklich einen Sicherheitsbeitrag und eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität bringen.

EU-Unterwerfungsvertrag: Keine institutionelle Anbindung

Nationalrätin Barbara Steinemann referierte zum aktuellen Stand des Rahmenabkommens mit der EU, das sich derzeit in der Vernehmlassung befindet. Sie warnte eindringlich vor Milliardenkosten in unzähligen Bereichen, der Preisgabe unserer Souveränität und der weitreichenden Beschneidung direktdemokratischer Rechte.

Ein Abend mit klarer Linie

Die Delegiertenversammlung in Küsnacht zeigte erneut die klare Linie der SVP des Kantons Zürich: für Freiheit, Eigenverantwortung und eine wirtschaftsfreundliche Politik, die sich an der Realität der Bevölkerung orientiert. Ein grosses Dankeschön gebührt York-Peter Meyer, Vizepräsident der Gastgebersektion und für die SVP im ZKB-Bankrat, der anlässlich seines Geburtstags allen Anwesenden einen Getränkegutschein offerierte!

Am 13. August 2025 lädt die SVP des Kantons Zürich zu einem Sonderparteitag nach Winterthur. Dieser bildet den offiziellen Auftakt zum Wahlkampf für die Gemeinde-Gesamterneuerungswahlen im Frühjahr 2026 – und markiert zugleich den Startschuss für die Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt». Die nächste ordentliche Delegiertenversammlung wird am 30. September 2025 im Bezirk Dietikon stattfinden.

Die Delegierten haben an dieser sommerlichen Versammlung wichtige Entscheidungen gefällt. Bild: SVP Kanton Zürich

STANDPUNKT ZUM EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

Die EU will unseren Strom

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag und dem EU-Stromabkommen kann sich die EU unsere wertvolle Stromproduktion und unsere Stromreserven unter den Nagel reissen. Für die Schweizer Bevölkerung bedeuten die Verträge weniger Versorgungssicherheit und höhere Strompreise. Deshalb klar NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag.

Sie werden in den kommenden Monaten viele sogenannte Experten hören, die ganz wichtig tun und Ihnen sagen, wie kompliziert das Stromabkommen sei. Und wie wichtig. Dass unsere Versorgungssicherheit ohne dieses Abkommen gefährdet und man im Krisenfall auf ein gutes Einvernehmen mit den Nachbarländern angewiesen sei. Dass die Schweiz doch mitten in Europa und deshalb mitten im europäischen Stromnetz liege – und deshalb auch ihren Beitrag leisten müsse. Glauben Sie nichts davon!

Die EU-Turbos im Bundesrat, allen voran Beat Jans (SP) und Ignazio Cassis (FDP), schieben unseren Bundesrat Albert Rösti vor, um dem Stromabkommen Glaubwürdigkeit zu verleihen und die SVP zu spalten. Der erläuternde Bericht des Bundesrats, der uns den Unterwerfungsvertrag schmackhaft machen soll, ist voll von irreführenden Aussagen. So betont der Bundesrat mehrfach, die Schweiz behalte weiterhin das Recht, eigene Stromreserven für Strommangellagen zu erstellen. Das ist falsch.

Fremde Richter entscheiden über unsere Stromreserven

Reserven, die wir jetzt in der Schweiz aufbauen und die in der eidgenössischen Gesetzgebung festgehalten sind, müssen sechs Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens eingestellt werden, falls sie den Regeln des Abkommen zuwiderlaufen. Aus EU-Sicht ist das der Fall, wenn diese Reserven nicht notwendig, nicht verhältnismässig oder «diskriminierend» sind. Aber wer bestimmt diese Fragen abschliessend?

Ob die Schweiz mit ihrer Reservepolitik die strom- und beihilferechtlichen Vorgaben der EU einhält, entscheidet letztlich der Europäische Gerichthof (EuGH) – also fremde Richter. Kommt dazu, dass die dynamische Rechtsübernahme auch für das Stromabkommen gilt, und zwar nach der sogenannten Integrationsmethode. Im Klartext heisst das: Im Strombereich muss die Schweiz neue EU-Vorschriften grundsätzlich direkt übernehmen – ohne Mitsprache von Parlament und Volk. Auf diesem Weg kann Brüssel das Stromabkommen nach Belieben «weiterentwickeln». Das ist brandgefährlich, weil die Stromproduktion im EU-Raum alles andere als zuverlässig ist.

> *«Brüssel will über unser stabiles und strategisch wichtiges Stromnetz bestimmen.»*

Auch beim Strom will die EU über uns bestimmen

Mit dem Unterwerfungsvertrag wird die EU jederzeit einen Weg finden, um uns den Strom streitig zu machen. Dabei läuft es aus unserer Sicht heute hervorragend. Französischer Atomstrom hilft uns, unser Netz stabil zu halten. Mit unseren Stromexporten tragen wir dazu bei, dass die wichtige Wirtschaftsregion Norditalien funktioniert. Als im letzten Winter Deutschland plötzlich zu wenig Strom hatte, weil die Sonne zu wenig schien und der Wind nicht wehte, haben wir mitgeholfen, das Netz auszutarieren. Alles kein Problem, auch ohne Stromabkommen. Warum also die ganze Übung mit diesem EU-Unterwerfungsvertrag?

Es ist ganz einfach: Brüssel will über unser stabiles und strategisch wichtiges Stromnetz bestimmen. Vor allem wollen sich die Funktionäre in den Glaspalästen unsere wertvolle Stromproduktion unter den Nagel reissen. Alle Beteuerungen, dass dies nicht der Fall sein werde, sind wertlos. Mit der dynamischen Rechtsübernahme ist in Zukunft alles möglich. Wenn Brüssel in ein paar Jahren zum Schluss kommen sollte, dass die Konzession eines Schweizer Wasserkraftwerks plötzlich im ganzen EU-Raum – und nicht nur unter Schweizer Firmen – ausgeschrieben werden muss, dann kann die EU das veranlassen.

Unsere Stromproduktion – einer der wichtigsten Pfeiler unseres Wohlstandes

Geht den Deutschen – die sämtliche Kernkraftwerke abgeschaltet haben – im Winter der Strom aus, so kann uns die EU in Zukunft über die automatische Rechtsübernahme zwingen, unsere Stauseen zu entleeren. Die Schweiz müsste hintenanstehen.

Schliesslich soll auch der Strommarkt weiter liberalisiert werden. Wie die Vergangenheit zeigte, führt die Liberalisierung zu höheren Preisen für die Konsumenten und zu fetten Gewinnen für die Strombarone.

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag und mit dem EU-Stromabkommen verliert die Schweiz ihre Souveränität in der Stromproduktion – einem der wichtigsten Pfeiler unseres Wohlstandes. Wir verlieren unsere Versorgungssicherheit und unsere vergleichsweise tiefen Energiepreise. Das müssen wir mit aller Kraft verhindern!

Michael Graber,
Nationalrat SVP,
Brig (VS)

BERICHT AUS DEN RATSFERIEN

Das Potenzial der Erfahrenen würdigen

«Viele wollen über das Pensionsalter hinaus arbeiten, doch statt sie zu fördern, werden sie daran gehindert.» Die «NZZ» bringt zum Ausdruck, was wir schon lange kritisieren. Allerdings muss dieser Befund auf die Politik und die Altersvorsorge ausgeweitet werden.

Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Einerseits will man das Rentenalter erhöhen, um die AHV und die Pensionskassen zu entlasten, andererseits gibt es jene Ideologie, die auf eine Verjüngung zielt. Dabei stehen zwei Dinge im Zentrum: Die Altersvorsorge, aber auch die Wahrung des Human Capital. Hier klaffen Praxis und Ideologie auseinander.

Neoliberalismus am Schreibtisch

Da gehen wirtschaftsliberale Forderungen dahin, dass das Rentenalter erhöht werden sollte, und der Bundesrat wird aufgerufen, jene zu unterstützen, die länger arbeiten wollen. Doch es folgt der neoliberale Zirkelschluss: Wenn es in der Wirtschaft Firmen gibt, die einen Generationenwandel mit vorzeitigen Pensionierungen einleiten – nicht zuletzt auch deshalb, weil jüngere Mitarbeiter finanziell interessanter sein können – dann bezahlen diese Gewinnorientierung die Frühpensionierten, die mit empfindlichen Renteneinbussen rechnen müssen.

Aber auch beim Bund müssen sich direkte Vorgesetzte einsetzen, die ganze «Chain of Command» hinauf, um gute Kräfte länger im Dienst halten zu können. Führen dagegen Verjüngungsideologen in der Verwaltung an ihren Schreibtischen fernab der Frontlinie gute Resultat herbei? Nicht immer können die nachfolgenden Kräfte die Lücken, welche die Pensionierten mit ihrer Erfahrung hinterlassen, auch kompensieren: «Die Jungen rennen schneller, die Erfahrenen kennen die Abkürzungen» («NZZ», 24. Juni 2025, Seite 17) und sind mit Flexibilität und Effizienz schneller am Ziel.

Ruinöse Guillotine der Bürokratie

Verstärkt wird die Problematik mit der Altersvorsorge. Da üben in der 2. Säule die Bestrebungen, den Umwandlungssatz zu senken, einen permanenten Druck auf die Renten aus: Je kleiner dieser Satz im Kapitaldeckungsverfahren ist, desto tiefer fällt die Rente aus. So sind wir tendenziell mit sinkenden Renten konfrontiert.

Um dies auszugleichen, müsste länger gearbeitet werden können – genau dem handeln Verjüngungsideologen zuwider.

Auch bei der 3. Säule gibt es negative Überraschungen. Jenen, die einst eine Leibrente abgeschlossen haben, wurde neben der garantierten Rente eine Überschussrente in Aussicht gestellt; diese ist aber von den Anlagemöglichkeiten abhängig.

In der Zwischenzeit haben Finanzspekulanten eine Krise ausgelöst, die Anlagerenditen brachen ein und die in Aussicht gestellten Zahlungen sackten auf die Hälfte oder tiefer ab.

So bleibt die 1. Säule, welche auf dem Umlageverfahren basiert und damit renditeunabhängig ist. Wie umstritten aber auch hier die Finanzierung ist, steht auf einem anderen Blatt. Auch die diskriminierende Plafonierung der gemeinsamen Rente von Ehepaaren ist äusserst kritisch zu betrachten und gehört angepasst.

Mehr Mass in der Politik

Ähnliche Phänomene sind in der Politik zu beobachten. Wohl hat die Verjüngung von Kandidierenden ihre positive Seite. Mit einem breiten Altersspektrum werden verschiedene Aspekte und Lebenserfahrungen einbezogen, sodass die Abbildung der Gesellschaft repräsentativer wird, sei das nun innerhalb des Parteiensystems oder auch innerhalb einer Partei; auch hier ist die Vielfalt sinnvoll. Auch je nach Persönlichkeit gibt es Unterschiede: Die einen sind in jungen Jahren frisch und kreativ, die anderen können auch innerlich unflexibel und altertümlich sein.

So ist es auch bei den Älteren: Die einen sind unflexibel und rückwärtsgewandt, andere paaren mit ihrer Erfahrung – wie Christoph Blocher – auch Frische.

Problematisch ist eine Verabsolutierung: So zum Beispiel, wenn Jüngeren aus Vorurteilen zu wenig zugetraut wird oder wenn auf der anderen Seite auf Wahlzetteln Jahrgangsarithmetik betrieben wird im Glauben, dass ein tiefer Jahresschnitt der Jahrgänge als Erfolgskriterium gesehen wird.

Mit dem Reifegrad von Unerfahrenen aber Ambitionierten kann man seine Überraschungen, erleben – wie mit Sebastian Kurz – wenn sie die politischen Ideale nicht als Ziel, sondern nur als Mittel für die eigene Karriere sehen. So konnte es auch schon geschehen, dass vielgerühmte, vermeintliche Hoffnungsträger aus einer Laune heraus monatelang im Parlament fehlten.

Mit Erfahrung die Geschicke lenken – in Licht und Schatten.
Bild: Bernhard im Oberdorf

KOMMENTAR ZUR KANTONSPOLITIK

Teilrevision des Polizeigesetzes (Vorlage 5977)

Jacqueline Hofer
Kantonsrätin SVP und
Mitglied KJS
Dübendorf

Am 11. September 2025 wird die Beratung zur Teilrevision des Polizeigesetzes (Vorlage 5977), die durch Regierungsrat Mario Fehr im Zürcher Regierungsrat eingebracht wurde, in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) fortgesetzt. Ziel der Revision ist es, die Sicherheit im Kanton Zürich nachhaltig zu stärken. Die Polizei soll über modernisierte gesetzliche Grundlagen verfügen, die ihrer heutigen Realität und den wachsenden Herausforderungen gerecht werden.

Die überarbeitete Gesetzesfassung stärkt die Handlungsfähigkeit der Polizei, insbesondere bei der Verhinderung schwerer Straftaten und terroristischer Bedrohungen. Sie erleichtert den Datenaustausch über Kantonsgrenzen hinweg und fördert die interkommunale Zusammenarbeit der Polizeikorps – ein zentraler Schritt, um Kriminalität effizienter und koordiniert zu bekämpfen. Auch die bislang rechtlich eingeschränkte Auswertung von Bildmaterial wird neu geregelt, sodass relevante Aufnahmen künftig schneller und rechtssicher analysiert werden können.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Anpassung der Ermittlungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Die Polizei soll künftig besser auf Bedrohungslagen im Strassenraum reagieren können – etwa bei Grossanlässen, Demonstrationen oder spontanen Gewaltakten. Gleichzeitig trägt die Revision der zunehmenden Kriminalität im digitalen Raum Rechnung: Die Bekämpfung von Internetkriminalität – von Cyberbetrug bis hin zu digitaler Radikalisierung – erfordert neue Instrumente, die mit der Vorlage geschaffen werden.

Die SVP-Delegation der KJS unterstützt die Vorlage in ihrer aktuellen Fassung vollumfänglich. Besonders hervorzuheben ist die präzisierte und erweiterte Datenbearbeitung, die eine raschere Auswertung sicherheitsrelevanter Informationen sowie einen effizienteren Austausch mit anderen Behörden ermöglicht – selbstverständlich unter Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und mit klaren Kontrollmechanismen. Der Schutz der Bevölkerung hat oberste Priorität, ohne dabei die Grundrechte aus den Augen zu verlieren.

Nach sorgfältiger Prüfung der Vorlage und unter Berücksichtigung der Anhörungsergebnisse kommt die SVP-KJS-Delegation zum Schluss: Die Gesetzesrevision ist ausgewogen, verhältnismässig und notwendig. Die Beratung nach Paragrafen erlaubt es, einzelne Bestimmungen gezielt zu beleuchten, ohne das Gesamtpaket zu gefährden. Gerade im Bereich der Prävention ist es entscheidend, dass die Polizei frühzeitig auf potenzielle Gefahrenlagen reagieren kann. Die neuen gesetzlichen Grundlagen schaffen dafür die nötige Rechtssicherheit und Klarheit. Die SVP-KJS-Delegation spricht sich deshalb klar für das Eintreten auf die Vorlage aus und wird sich in der Detailberatung für eine konsequente Umsetzung im Sinne der öffentlichen Sicherheit einsetzen.

Die überarbeitete Gesetzesfassung ist ausgewogen, verhältnismässig und notwendig und stärkt die Handlungsfähigkeit der Polizei. Bild: Pixabay

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER JUNGEN SVP DES KANTONS ZÜRICH

NEIN zum missratenen Energiegesetz!

Es ist Hochsommer – und trotzdem denkt die Politik nur ans Frieren. Der linke Teil des Kantonsrates will, dass wir bereits bis 2040 «Netto-Null» erreichen. Wer grün hinter den Ohren ist, hält das für einen Fortschritt. In Wahrheit ist es aber ein staatliches Umerziehungsprogramm. Denn wer genauer hinschaut, merkt schnell: Hier geht es nicht um vernünftigen Umweltschutz, sondern um Zwang, Bürokratie und immer mehr Eingriffe in unser tägliches Leben. An der EM-Fanmeile wollten sie in der Stadt Zürich kürzlich sogar Schoggi-Bananen verbieten, nur weil sie vermeintlich mit dem Flugzeug geliefert wurden. Kein Witz!

Linksgrüner Klima-Wahn

Das Ganze mag abstrakt klingen, aber uns Junge würde das missratene Gesetz kalt erwischen! Später müssen wir die Zeche zahlen: Mit noch höheren Wohnkosten, strengeren Vorschriften für Bau, Mobilität und Konsum – und einem Staat, der alles und jeden minutiös kontrollieren will. Von der Heizung über den Fernseh-Gebrauch bis zu dem, was auf unserem Teller landet – Freiheit wird zum verzichtbaren Luxus. Und mal ehrlich: Es ist eine bodenlose Selbstüberschätzung, zu glauben, der Kanton Zürich könne das Weltklima beeinflussen – ob positiv oder negativ.

Oft frage ich mich: Für wen wird diese Politik eigentlich gemacht? Für Aktivisten, die sich an den Boden kleben und alles verbieten wollen, nur nicht das Schuleschwänzen am Freitag für die Demo? Für diejenigen, die selbst noch nie wirklich etwas Handfestes für die Umwelt getan haben, aber die lautesten Schreihälse sind? Zuerst kehrt man immer vor der eigenen Haustüre, besagt ein gutes Sprichwort.

Weniger Zuwanderung statt mehr staatlicher Zwang

Dieses Gesetz hilft niemandem ausser dem Kontrollwahn der Linken. Selbstverständlich wollen wir auch eine Umwelt, die geschützt wird – aber mit Technologie und Innovation und bestimmt nicht mit Verboten und Angstkampagnen. Und wenn wir ehrlich sind: Weniger Migration würde unserer Natur sicher auch guttun, statt dass immer mehr Boden zugepflastert wird.

Darum sagen wir als Junge SVP ganz klar: NEIN zum Energiegesetz! Am 28. September 2025 entscheiden wir darüber – und es ist wichtig, dass du auch an die Urne gehst. Sonst bleibt uns am Schluss nur noch kalt duschen mit Doris.

von Naemi Dimmeler

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN

Weniger Papier, mehr Zeit fürs Geschäft
SVP des Kantons Zürich begrüsst Online-Steuererklärung für Unternehmen

Zürcher Klima-Wahn fällt in sich zusammen
Regierungsrat empfiehlt NEIN zum Energiegesetz

Delegiertenversammlung vom 10. Juli 2025 in Küsnacht

SVP STADLERBERG

Gelungener Sommer-Höck in lauschiger Atmosphäre

Ein lauer Sommerabend machte dem Namen des Anlasses alle Ehre: Der erste Sommer-Höck der SVP Stadlerberg fand bei bestem Wetter in der idyllisch gelegenen Besenbeiz Huebhof im Bachsertal statt.

Bereits beim Apéro auf dem Vorplatz wurden zahlreiche Gäste herzlich begrüsst. In entspannter Atmosphäre wurde angestossen und es wurden neue Bekanntschaften geschlossen.

Gegen 19.00 Uhr öffnete der gemütliche Saal seine Türen zum farbenfrohen Salatbuffet. Dazu wurde Fleisch vom Grill nach Wahl oder eine vegetarische Alternative gereicht. Die Gäste genossen ihre Mahlzeit sichtlich – und die angeregten Gespräche pausierten für einen kurzen Moment.

Im Anschluss übergab Präsident René Wehrle das Wort an den prominenten Gast des Abends, Kantonsrat Patrick Walder. In seiner neuen Funktion als Leiter der Wahlkommission richtete er den Blick auf die bevorstehenden Wahlen. Mit klaren Worten unterstrich er die Bedeutung eines starken SVP-Engagements. Nur mit einer breiten bürgerlichen Mehrheit könne den aktuellen politischen Fehlentwicklungen entgegengetreten werden. Für mehr Freiheit und Sicherheit brauche es vor allem eine starke SVP. Daher sei die Rückgewinnung verloren gegangener Sitze zentral – unter dem Motto: «Für eusi Lüüt und für euses Dorf». Damit das gelinge, sei das aktive Mitwirken und Mobilisieren von uns allen gefordert.

Die eindrucksvolle Rede wurde mit grossem Applaus und einer Flasche Stadler Wein verdankt. Bei einem frischen, saisonalen Dessert wurde der Austausch unter den Teilnehmenden rege weitergeführt – ein gelungener Ausklang eines erfolgreichen Sommerabends.

Rosmarie Schlatter,
Vorstand SVP Stadlerberg

Die zahlreichen Gäste genossen sichtlich das harmonische Beisammensein.
Bild: SVP Stadlerberg

Europhiler ZVV?

rw. Wer im Kanton Zürich Postauto fährt, wundert sich. Obwohl man beim Chauffeur seit 2024 keine Tickets mehr kaufen kann, prangt ein grosses Eurozeichen am Buseingang, ebenso oben am Fahrersitz des Busses. Die Chauffeure meinen durchs Band, dass das Zeichen keine Funktion hat. Es wäre also an der Zeit, die Werbung für die fremde Währung zu streichen. Oder arbeitet die ZVV-Verwaltung getreu nach dem Motto: Je europhiler, desto kundenfeindlicher?

Jubiläums-Grillplausch SVP Zumikon

Bereits zum zehnten Mal lädt die SVP Zumikon zum Grillplausch ein. Wurst, Brot und Getränke sind offeriert. Es erwartet uns ein spannender Gastredner!

Wie das Asylchaos die Gemeinden belastet
Andreas Glarner, Nationalrat

Wir werden von stimmungsvollen Alphornklängen musikalisch begleitet. Ebenso sind unsere **Kandidaten für die Gemeindewahlen** vom März 2026 anwesend. Nutzen Sie die Gelegenheit zum unkomplizierten Austausch!

Samstag, 23. August 2025, ab 11 Uhr
Feuerstelle „Strubenwies" (oberhalb Golfplatz), Weid 9, 8126 Zumikon

Anmeldung bis 21. August 2025 an: gerard.olivary@bluewin.ch
Alle sind herzlich willkommen - auch Nichtmitglieder der SVP!

UNTERSTÜTZEN SIE DIE SVP!
Helfen Sie uns mit einer Spende bei den Gemeindewahlen 2026 – herzlichen Dank!

SVP Zumikon, 8126 Zumikon
CH44 0070 0110 0012 8002 5
Zürcher Kantonalbank

svp-zumikon.ch

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Sie haben die Wahl: Freiheit oder Unterwerfung!

Liebe Schweizerinnen und Schweizer
In diesem Jahr wurde die Schweiz wieder zum wettbewerbsfähigsten Land auf der ganzen Welt gewählt!

Warum? Weil wir ein freies, unabhängiges und direktdemokratisches Land sind. Weil wir unsere Gesetze noch selber bestimmen können und weil wir Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben – und nicht Politiker, Beamte und Richter!

Das ist weltweit einmalig! Darauf können wir zu Recht stolz sein!

Die Grundlage dafür schufen unsere Vorfahren 1291 mit dem Bundesbrief. Dieser umfasst nur eine (!) Seite. Er ist die Grundlage für unseren heutigen Erfolg:

- Wir wollen keine fremden Richter!
- Wir wollen keine fremden Herren!
- Wir wollen selber bestimmen!

Doch was wollen unsere abgehobenen Politiker im Bundeshaus? Sie wollen unsere Erfolgsfaktoren zerstören und uns mit einem Monster-Vertrag an die EU binden: 2'228 (!!) Seiten EU-Vorschriften, EU-Regeln, EU-Gesetze, EU-Bürokratie. Sie wollen uns der EU unterwerfen und uns fremde Richter aufzwingen!

Das darf nicht passieren!
Stehen Sie mit uns für die Freiheit der Schweiz ein!
Werden Sie jetzt Mitglied bei der SVP!

Nationalrat Marcel Dettling
Parteipräsident

www.svp.ch

Unterstützen Sie unseren Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Schweiz mit einer Spende auf: CH83 0023 5235 8557 0001 Y - Vermerk: 1. August

SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

DIE WURZELN UNSERES LANDES

Tragen wir Sorge zu unserer Schweiz!

Immer am 1. August feiern wir den Geburtstag der Schweiz. Vor 734 Jahren ist unser Land entstanden.

SVP Schweiz. Was wir heute sagen dürfen: In keinem anderen Staat verfügen die Bürgerinnen und Bürger über so viel Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Wohlstand wie in der Schweiz.

Den Grundstein legte der Bundesbrief von 1291: Ein Schutzbündnis der Talschaften von Uri, Schwyz und Unterwalden. Damals kam die Bedrohung von aussen, durch fremde Steuervögte und fremde Richter.

Und heute?

Es hat sich gar nicht so viel geändert. Die grundlegenden Fragen und Bedürfnisse bleiben: Es geht darum, wie wir uns und unsere Heimat schützen können. Es geht um die Freiheit, selber bestimmen zu können, was wir wollen und was wir nicht wollen.

Das sind die Wurzeln der Schweiz und daraus ist ein einzigartiges politisches System mit drei Hauptwurzeln entstanden: Die Schweiz ist direktdemokratisch, neutral und föderalistisch.

Gerade an unserem Nationalfeiertag muss dies angesprochen werden. Der geplante EU-Vertrag wird unsere Wurzeln zerstören. Nicht sofort, aber schleichend. Mit dem geplanten EU-Vertrag werden wir uns den EU-Institutionen unterordnen müssen. Wir Schweizerinnen und Schweizer werden nicht mehr selber demokratisch bestimmen können, was wir wollen. Wir müssen die EU-Gesetze übernehmen und der Europäische Gerichtshof wird das letzte Wort haben.

Der 1. August ist ein Besinnungstag. Wir sollten uns in Dankbarkeit erinnern, woher wir kommen und was uns ausmacht. Wenn wir unsere Wurzeln verlieren, verlieren wir unsere Heimat. Das dürfen wir nicht zulassen.

Tragen wir Sorge zu unserer Schweiz!

Die Rütliwiese wird heute oft als «Wiege der Schweiz» oder als Gründungsstätte der Schweiz bezeichnet und ist national von grosser Bedeutung. Bild: Adobe Stock

NICHTS ÜBERSTÜRZEN

Zölle der USA

Die USA haben am 2. April angekündigt, dass höhere Zölle – mit für jedes Land anderen Zollsätzen – gelten sollen, für die Schweiz der enorme Satz von 31 Prozent. Bis am 9. Juli gab Präsident Trump Zeit, um zu verhandeln – dann verschob er die Frist bis am 1. August 2025.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Die USA finden, dass viele Länder zu billig in die USA exportieren, statt in den USA selbst zu produzieren. Um die eigene Produktion zu schützen, werden darum die Importe mit Zöllen belegt. Je höher der Export nach Amerika, desto höher sind die Zollsätze. Damit hofft man, dass importierte Waren so teuer werden, dass sie der Importeur lieber in den USA produziert.

Mit Ausnahme zum überlebensnotwendigen Schutz der Landwirtschaft hat die Schweiz selber die Zölle weitgehend abgeschafft. Dies nicht zuletzt auf Betreiben der USA, die den globalen Freihandel priesen. Jetzt soll das Gegenteil gelten.

Für die EU haben die USA neuerdings einen Zollsatz von 30 Prozent verkündet. Darauf will die EU Gegenzölle erheben – ein Wirtschaftskrieg bahnt sich an.

Die Schweiz wartet auf den 1. August, an dem die Zinssätze für die Schweiz bekannt gegeben werden sollen. Werden 10 Prozent für die Schweiz auf jeden Fall bleiben? Wenn diese für alle in die USA exportierenden Länder bleiben, trifft es vor allem zunächst die USA, denn alle ihre Importe werden dadurch teurer. Die USA können aber kaum sofort selber produzieren, denn viele Waren sind dort innert nützlicher Frist gar nicht herstellbar.

Jedenfalls gilt es für die Schweiz, einen nüchternen Kopf zu bewahren. Der verantwortliche Bundesrat, Guy Parmelin, kommentiert im Moment nichts. Das ist gescheit, solche Verhandlungen kann man nicht auf dem Marktplatz führen. «Kommt Zeit – kommt Rat!»

Zwischen den USA und der EU bahnt sich ein Wirtschaftskrieg an – für die Schweiz gilt es, weiter abzuwarten. Bild: Pixabay

Einladung zum Sonderparteitag SVP Kanton Zürich, 13. August 2025

Präsentation der neuen kantonalen Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt»

Programm:

18:30 Uhr:	Eintreffen/Spiis + Trank
19:30 Uhr:	Start Sonderparteitag
ca. 19:40 Uhr:	Grusswort Regierungsrätin Natalie Rickli
ca. 19:45 Uhr:	Rede von Nationalrat Marcel Dettling
ca. 20:00 Uhr:	Rede von Nationalrat Thomas Matter
ca. 20:15 Uhr:	Rede von Kantonsrat Domenik Ledergerber
	Beschlussfassung Kantonale Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt»

Wann:
Mittwoch, 13. August 2025

Wo:
Neumarkt-Platz, 8400 Winterthur

Mit gratis Spiis und Trank!

Festzelt vorhanden (bei Schlechtwetter)

Es sprechen zu Ihnen:

Natalie Rickli
Grusswort

Marcel Dettling
«Zuwanderung, Asylchaos und EU-Vertrag»

Thomas Matter
«Keine 10-Millionen-Schweiz statt Wohnungsnot»

Domenik Ledergerber
Initiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt»

Für eusi Lüüt

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

svp-zuerich.ch

Spenden: CH84 0070 0114 8037 2612 2

1. August 2025

Einladung zur Bundesfeier

Freitag, 1. August 2025, 10.00 Uhr

Saalsporthalle Schalmenacker, Schalmenackerwäg 2

Die beteiligten Vereine und die Gemeinde Rafz freuen sich auf viele Besucherinnen und Besucher.

Programm

09.30 Uhr	Musikalische Einstimmung mit dem Schwyzerörgeliquartett pozbliz
10.00 Uhr	Beginn der Bundesfeier
	Musikalische Eröffnung durch die Musikgesellschaft Rafz
	Begrüssung durch Kurt Altenburger, Gemeindepräsident
10.00 bis 11.30 Uhr	Zmorge für die Bevölkerung, organisiert vom Frauenverein Rafz, offeriert von der Gemeinde Rafz
11.00 Uhr	Gesangsdarbietung des Männerchors Frohsinn Rafz
11.30 Uhr	Eröffnung Festwirtschaft (Getränke und Grill)
11.30 Uhr	Festansprache von Romaine Rogenmoser, Kantonsrätin und 1. Vizepräsidentin des Kantonsrates Zürich (SVP, Bülach)
	Aufnahme der Jungbürgerinnen und Jungbürger (Jahrgang 2007) durch Kurt Altenburger, Gemeindepräsident
	Gemeinsames Singen des Schweizerpsalms (Text abrufbar über QR-Code rechts)
	Musikalische Unterhaltung mit dem Schwyzerörgeliquartett pozbliz
14.00 Uhr	Ende des Anlasses

Gemeinderat und Dorfvereine

Das 1. August-Feuer auf dem Gnal wird um ca. 21.45 Uhr entfacht.

Fadegrad

von
Tobias Infortuna

In der Badi

Im Sommer gehen Herr und Frau Schweizer mit ihren Kindern gerne in die Badi. Alle anderen allerdings auch. An den Dichtestress infolge Zuwanderung hat man sich bereits gewöhnt. Darum ist es ein Kinderspiel, auf der Liegewiese ein paar freie Zentimeter für das Badetuch zu finden.
Dort empfiehlt es sich, Sandwiches ohne Salami oder Schinken mit sich zu führen. Denn indem Sie Ihren Liegenachbarn etwas davon anbieten, können Sie diese vielleicht davon überzeugen, das Radio mit der Musik, deren Singsang Sie nicht genau einordnen können – irgendetwas zwischen Farsi und Urdu – auf eine erträgliche Lautstärke herunterzudrehen. Es könnte mit etwas Glück auch deren Kinder davon abbringen, Sie mit der Wasserpistole nass zu spritzen. Sowieso, die Wasserpistole: Lernen die Kinder heutzutage in der Schule doch, dass man damit nicht spielen dürfe. Seien Sie vorbildlich und nehmen Sie den Kindern die Wasserpistole weg. Auf der anschliessenden Flucht vor ihrem Vater und dessen Brüdern und Onkeln können Sie die Kalorien des zuvor genossenen Wasserglacés elegant abbauen.
Leider hat die Realität die Satire längst überholt. Junge Badbesucher aus dem Asylbereich verderben immer mehr Leuten den Spass am Sommer. Nachdem zahlreiche Freibäder in Deutschland bereits seit Jahren von Gewalt, Belästigungen und sexuellen Übergriffen heimgesucht wurden, liess nun auch ein Bad im Kanton Jura den Zugang für Leute aus dem nahen Frankreich beschränken. Die Störenfriede sind allerdings nicht ältere Herren mit Baskenmütze und Baguette. Um wen genau es sich bei den gemeinten Personen handelt, wurde nicht ausgesprochen. Die Rassismuskommission des Bundes war sowieso sofort rügend zur Stelle. Die Massnahme sei nicht verhältnismässig. Belästigungen und Gewalt hingegen sind es offenbar.
Die Angst, die Wahrheit auszusprechen, hat in Deutschland bereits absurde Blüten getrieben. So ermahnt ein Schild in einem Schwimmbad, das Betatschen anderer Schwimmer zu unterlassen. Abgebildet ist eine weisse Frau, die einen dunkelhäutigen Buben anfasst. Eine Darstellung, die noch unrealistischer ist als das Parteiprogramm der Grünen.
Tatsachen beim Namen zu nennen, kann schnell vor dem Richter enden. Man schweigt also besser, bleibt dem Schwimmbad fern und macht Ferien in der Ferne, wo solche Tätlichkeiten nicht wie bei uns mit einem Schulterzucken geduldet werden. Man muss inzwischen ins Ausland, um seine Ruhe vor rüpelhaften Fachkräften zu haben. Und wenn Sie in der Schweiz bleiben, aber dennoch ein bisschen fremdländische Feriengefühle verspüren möchten, können Sie ein Restaurant in der Stadt Zürich besuchen. Die Chance ist gross, dass Sie nur auf Hochdeutsch oder sogar nur auf Englisch bestellen können. Wir Zürcher haben das Privileg, in der eigenen Heimat Ferien im Ausland erleben zu dürfen.

KLIMA-WAHN BEDROHT VERSORGUNGSSICHERHEIT

Blackout – Das Land versinkt in Dunkelheit

Für einen Stromausfall (Blackout) im Stromnetz braucht es keinen Hackerangriff. Ein Blackout entsteht, wenn unsachverständige Politiker im Klima-Wahn Energiepolitik betreiben. Grundsätzlich kommt es zu einem solchen Zusammenbruch im Stromnetz, wenn das Gleichgewicht zwischen Energieproduktion und Energieverbrauch im Netz gestört wird.

Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Zürich

Solar- und Windenergiekraftwerke sind naturgemäss keine konstanten Energieproduzenten. Solarkraftwerke liefern nachts oder bei Bewölkung keine Energie, und bei Windstille stehen Windturbinen still. Befinden sich nur wenige solcher Kraftwerke in einem grossen Netz, sind die Auswirkungen durch den Ausfall dieser Energiequellen kaum relevant. Warum ein Netz mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien ein grösseres Risiko für ein Blackout birgt, lesen Sie in diesem Artikel.

Was verursacht ein Blackout?

Die Forderung von grünen Politikern, alle Kernkraftwerke und Kraftwerke, die mit fossilen Energieträgern betrieben werden, stillzulegen und stattdessen Solar- und Windkraftwerke zu bauen, befördert das Risiko eines Blackouts. Es gibt mindestens vier massgebliche Effekte, die einen Blackout verursachen können.

1. Die Störung des Gleichgewichts

Ein Stromnetz verteilt die produzierte Energie an die Verbraucher. Das Netz kann daher nur Energie ausliefern, die auch eingespiesen wird. Zwischen produzierter und ausgelieferter Energie muss ein Gleichgewicht bestehen. Wird dieses Gleichgewicht durch Über- oder Unterproduktion oder Mehr- oder Minderverbrauch gestört und kann durch Regelmechanismen oder Speicher die Strommenge nicht mehr ausgeglichen werden, so werden die Netzfrequenz und die Spannung schwanken. Die Netzfrequenz von 50 Hz darf jedoch nur im engen Bereich von 49.8 bis 50.2 Hz schwanken und die Spannung sollte auch nicht zu stark von der Normspannung abweichen. Weichen diese Werte zu stark ab, kann das Gleichgewicht gestört werden, was zu einem Zusammenbruch des Netzes führen kann.

2. Flatterstrom

Die Produktion von Solar- und Windkraftwerken unterliegt starken Schwankungen (Flatterstrom). Das Stromnetz kann diese Energieschwankungen ausgleichen, solange der Anteil des Flatterstroms nicht zu hoch ist. Wird jedoch der Grossteil der Stromproduktion aus Flatterstromkraftwerken bezogen, kann das Netz die Schwankungen nicht mehr sofort ausgleichen. Es müssen teure Speicher und eine aufwendige Regelung bereitgestellt werden, um die Schwankungen zu glätten. Gelingt das nicht, weil die Schwankungen zu gross werden, so kann das zu einem Zusammenbruch des Netzes führen.

3. Schwankungen und fehlende Trägheit

Treten die Schwankungen auf der Verbraucherseite durch das Zu- und Abschalten von Verbrauchern oder durch rasche Änderung in der Produktion auf, kann kurzfristig ein Ungleichgewicht im Stromnetz entstehen. Solange unsere Netze mit Kraftwerken mit grossen Generatoren versorgt wurden, glich die Trägheit der Schwungmassen der Generatoren diese Schwankungen aus. «Alternativenergiekraftwerke» verfügen nicht über träge Schwungmassen und liefern keine konstanten Energiemengen. Solarkraftwerke nutzen lediglich Umrichter, um die für das Netz benötigte Spannung und Frequenz zu erzeugen. Die fehlende Trägheit kann ebenfalls zum Zusammenbruch des Netzes führen.

4. Überregionale Netzschwankungen

In einem grossen, beispielsweise europaweiten, Netz schwankt die Netzfrequenz nicht in allen Teilnetzen gleichmässig. Es ist üblich, dass die Frequenz in Netzen mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien stärker schwankt als in Gebieten mit Kernkraftwerken, Gaskraftwerken, Kohlekraftwerken oder Wasserkraftwerken. Dies führt dazu, dass die einzelnen Teilnetze in einem Takt von etwa 150 bis 300 ms gegeneinander oszillieren. Diese Schwankung kann sich aufschaukeln und zu einer Abschaltung von Teilnetzen bis hin zu einem flächendeckenden Blackout führen.

Problem «Alternativenergien»

Ein Blackout kann durch jeden einzelnen beschriebenen Effekt oder durch eine Kombination dieser Effekte entstehen. Blackouts aufgrund einer zu grossen Produktion in Solar- und Windkraftwerken sind bereits mehrfach erfolgt. Die Blackouts in Portugal und Spanien sind nur die letzten in der Reihe. Man kann festhalten, dass das Risiko eines Blackouts durch die Zunahme der Energiemengen aus «Alternativenergiekraftwerken» steigt.

Die ETH hat eine Lösung erforscht, die es ermöglichen würde, das Blackoutrisiko durch eine Simulation von Trägheiten in den Umrichtern der Solar- und Windkraftwerke zu reduzieren. Die Lösung erfordert aber grosse Batterien, da jede intelligente Regelung des Netzes die erforderlichen Energiemengen bereitstellen muss (Regelenergie), um die fehlenden Energiemengen bereitzustellen oder Überschussenergie zwischenspeichern zu können. In der Schweiz ist der Anteil der «Alternativenergien» noch klein und die Kern- und Wasserkraftwerke stellen ein sehr stabiles Netz bereit, das die Schwankungen gut abfedern kann. Ein Netz wieder aus einem Blackout heraus hochzufahren ist sehr aufwendig und kann mehrere Stunden oder Tage dauern.

Der linksgrüne Klima-Wahn befördert das Risiko eines Blackouts. Bild: Unsplash

DIE SCHWEIZ MUSS SOUVERÄN BLEIBEN

Keine Klima-Justiz durch die Hintertür

Am 23. Juli 2025 veröffentlichte der Internationale Gerichtshof (IGH) ein Gutachten, das Staaten dazu verpflichten will, konsequenter gegen den Klimawandel vorzugehen. Zwar ist dieses Gutachten rechtlich nicht bindend – es wird aber politisch als Signal gewertet, dass Staaten völkerrechtlich verpflichtet seien, ihre Treibhausgasemissionen drastisch zu senken.

Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Der IGH spricht von einer Pflicht zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels, die sich aus bestehenden internationalen Verträgen ableiten lasse. Der Klimawandel stelle eine «universelle und ernstzunehmende Bedrohung» für die Weltgemeinschaft dar, woraus sich eine völkerrechtliche Verpflichtung der Staaten ergebe, Massnahmen zu ergreifen, um dessen Voranschreiten einzudämmen. Weiter bezeichnet er eine «saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt» als Menschenrecht und bekräftigt die Verbindlichkeit des 1,5-Grad-Ziels aus dem Pariser Klimaabkommen. Zudem könnten geschädigte Länder sogar Anspruch auf Reparationen haben.

Richtungsweisend – aber (noch) nicht bindend

Ein Gutachten des IGH ist kein Beschluss des UN-Sicherheitsrats, der die Staaten bindet. Doch es wäre ein Fehlschuss, ihm deshalb eine Wirkung abzusprechen, geniesst der IGH doch «juristische Autorität». Das Gutachten gilt somit als wegweisend für künftige Debatten: Durch die Einstufung einer sauberen Umwelt als Menschenrecht wurde der Weg für weitere rechtliche Schritte geebnet, mit denen sich Staaten gegenseitig zur Rechenschaft ziehen können, aber auch für innerstaatliche Gerichtsverfahren.

Die Tragweite des Gutachtens widerspiegelt sich auch in der Erklärung der früheren UN-Menschenrechtsbeauftragten, Mary Robinson: «Das höchste Gericht der Welt hat uns ein mächtiges neues Instrument an die Hand gegeben, um die Menschen vor den verheerenden Auswirkungen der Klimakrise zu schützen – und um Gerechtigkeit für den Schaden zu schaffen, den ihre Emissionen bereits verursacht haben.»

Für die SVP ist klar: Auch wenn der Inhalt nicht direkt verbindlich ist, wird hier versucht, politischen und juristischen Druck aufzubauen – mit dem Ziel, nationalstaatliche Klimapolitik von aussen zu steuern. Das ist demokratiepolitisch höchst bedenklich. Denn was heute nur eine «Advisory Opinion» ist, könnte morgen zur politischen Waffe werden – mit Klagedrohungen, finanziellem Druck und schleichender Normverschiebung.

> ***«Es droht ein weiterer Schritt hin zur Entmachtung demokratischer Institutionen.»***

Demokratie statt Richterstaat

Bereits im April 2024 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Fall der sogenannten Klima-Seniorinnen die Schweiz gerügt. Der Vorwurf: Der Bund tue zu wenig gegen den Klimawandel und verletze damit die klagenden Seniorinnen in ihren Menschrechten. Die SVP verurteilte dieses Urteil entschieden – es handelt sich dabei um einen klaren Fall von richterlichem Aktivismus. Es ist nicht Aufgabe eines Gerichts, sich an die Stelle des Gesetzgebers zu setzen und politische Massnahmen zu diktieren.

Das IGH-Gutachten bestätigt nun, dass dieser Druck weiter zunimmt. Es droht ein weiterer Schritt hin zur Entmachtung demokratischer Institutionen: Internationale Gerichte könnten in Zukunft rigide und verbindliche Reduktionsziele, Steuermechanismen oder Einschränkungen des Energieverbrauchs vorschreiben – ungeachtet des demokratischen Willens der betroffenen Staaten und nationaler Realitäten.

Die Schweiz handelt bereits – freiwillig und demokratisch

Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren ambitionierte Klimaziele beschlossen: Mit dem Klima- und Innovationsgesetz und dem CO_2-Gesetz sowie umfangreichen Investitionen in Energieeffizienz und Forschung hat die Bevölkerung bereits verbindliche Weichen gestellt. Diese Entscheide sind demokratisch legitimiert – und entsprechen ebenso der schweizerischen Tradition der Eigenverantwortung und des Föderalismus.

Die SVP steht zu diesen Entscheidungen und unterstützt einen massvollen, technologiebasierten Klimaschutz, der Versorgungssicherheit garantiert und Wirtschaft sowie Bevölkerung nicht übermässig belastet. Doch weitere internationale Vorgaben, die über den Volkswillen hinweg neue Steuern, Verbote oder Einschränkungen erzwingen, lehnt die SVP konsequent ab. Die Bevölkerung hat genug von Klimavorgaben, die weder praktikabel noch finanzierbar sind.

Wohin diese Entwicklung führt, zeigt das revidierte Energiegesetz, über welches am 28. September 2025 im Kanton Zürich abgestimmt wird. Die SVP hatte Anfang Jahr das Referendum ergriffen, mittlerweile hat selbst der Regierungsrat die Gefährlichkeit und Widersprüchlichkeit dieses Projektes erkannt und empfiehlt die Vorlage zur Ablehnung.

Klimaschutz ja – aber demokratisch, bezahlbar und mit gesundem Menschenverstand. Die Schweiz braucht keine Klima-Diktate aus Den Haag – und auch keine ideologischen Heizverbote aus Zürich.

Gerichte beschäftigen sich weltweit immer häufiger damit, wie der Klimawandel juristisch zu bewerten ist.
Bild: Adobe Stock

SVP SCHWAMENDINGEN

Wo die Schweiz noch Schweiz ist: Grillfest mit Nationalrat Martin Hübscher

Ein lauer Sommerabend, der Duft frisch gegrillter Bratwürste liegt in der Luft, dazu fröhliches Lachen und angeregte Gespräche. Am 4. Juli 2025 lud die SVP Schwamendingen zum grossen Grillfest auf den Klötihof ein und bewies einmal mehr, dass hier die Schweiz noch Schweiz ist.

Höhepunkt des Abends war die Festrede von Nationalrat und Landwirt Martin Hübscher, der mit kernigen Worten, Humor und viel Herz den Nerv des Publikums traf.

«Die Frontscheibe ist grösser als der Rückspiegel»

Mit diesem Bild forderte Hübscher die Schweiz zu mehr Mut und Weitsicht auf. In seiner engagierten Ansprache zog er Bilanz zur Bundespolitik, direkt und pointiert, wie man es von ihm kennt: «Der Bund gibt fünf Prozent mehr aus als budgetiert. Schulden sind nichts anderes als aufgeschobene Steuern und die müssen unsere Jungen einmal bezahlen. Statt mit Augenmass zu wirtschaften, hat die Verwaltung bei den Ausgaben das Gaspedal mit der Bremse verwechselt. Ich sage Schluss damit. Wir müssen die Ausgaben bremsen, bevor es zu spät ist.»

Besondere Empörung riefen die Zahlen zur Entwicklungshilfe hervor: «Für unsere Mitmenschen in Blatten gibt es gerade einmal fünf Millionen Franken, aber für die Entwicklungshilfe werden fünf Milliarden hinausgetragen. Stattdessen wächst die Schweiz immer weiter. Wollen wir wirklich eine 10-Millionen-Schweiz? Ich nicht. Unsere Jungen finden schon heute kaum mehr eine Wohnung.»

Auch beim Thema Energiesicherheit fand Hübscher deutliche Worte: «Die EU hat uns schon bei den Masken während der Pandemie im Stich gelassen. Glaubt ihr wirklich, sie liefert uns im Ernstfall Strom? Die grösste Sicherheit ist, wenn wir im eigenen Land produzieren, auch Energie. Wir brauchen neue Kernkraftwerke. Nur so bleibt das Licht an.»

Weiter kritisierte er die Pläne zur Individualbesteuerung: «Die FDP kuschelt mit den Linken. Über 1700 neue Steuerbeamte müssten dafür eingestellt werden, alles doppelt, alles komplizierter. Ich sage nur, man müsste sich ja bald jedes Jahr scheiden lassen, damit man die Steuererklärung noch ausfüllen kann.»

Seine Botschaft an die Anwesenden: «Kopf hoch, sonst seht ihr die Sterne nicht. Und schaut nach vorne, die Frontscheibe ist grösser als der Rückspiegel.»

Beste Stimmung auf dem Klötihof mit Nationalrat Hübscher – hier ist die Schweiz noch Schweiz. Bild: SVP Schwamendingen

Buure-Quiz: Warum sollten Hühner Mozart hören?

Für beste Unterhaltung sorgte das legendäre Buure-Quiz, bei dem Jung und Alt mitfieberten. Landwirt Hübscher und die Familie Klöti bewiesen beeindruckendes Wissen und räumten ordentlich ab. Für Heiterkeit sorgte besonders diese Frage:

Was passiert, wenn man einem Huhn Mozart vorspielt?

a) Es legt grössere Eier.
b) Es tanzt im Takt.
c) Es wird zum Kampfhuhn.

(Antwort: a) Es legt tatsächlich grössere Eier)

«Eusi Partei für eusi Lüüt»

Organisatorin Barbara Weidmann zeigte sich rundum zufrieden: «Es ist schön zu sehen, wie viele Leute sich in diesem Rahmen treffen, miteinander reden, und lachen. Das ist Schwamendingen, das ist die Schweiz, wie wir sie lieben.»

Am Ende des Abends waren sich die Gäste einig: Während andere Parteien sich im Theoretisieren verlieren, bleibt die SVP nahe beim Volk mit Herz, Verstand und klaren Antworten auf die Herausforderungen der Zeit.

Die SVP Schwamendingen freut sich schon jetzt auf das nächste Fest und auf viele neue Gesichter, die mithelfen, dass die Schweiz auch morgen noch Schweiz bleibt.

Markus Weidmann,
Präsident SVP Schwamendingen

Marlen Straubhaar gestorben

Bereits im Frühjahr ist Marlen Straubhaar, langjährige Bürosekretärin der SVP des Kantons Zürich, verstorben. Sie wurde 76 Jahre alt.

rw. Wie aus einer Todesanzeige des «Kirchenboten» hervorgeht, starb Marlen Straubhaar nach langer schwerer Krankheit in Wilen SZ. Sie war von 1996 bis 2014 die «gute Seele» der Kantonalpartei. Sie wurde vom damaligen Parteisekretär und Nationalrat Hans Fehr eingestellt und erlebte viele Jahre unter dem früheren Parteipräsidenten Christoph Blocher. Sie war unter anderem für sämtliche Mutationen und die Anmeldungen für die Albisgüetli-Tagung zuständig.

Marlen Straubhaar hat viele Sektionspräsidenten kommen und gehen sehen. Als ruhender Pol machte sie sehr hilfsbereit ihre Arbeit und verschaffte sich grossen Respekt unter den Mitgliedern.

Die SVP ist sehr dankbar für ihre Arbeit. Sie wird ihrer langjährigen Mitarbeiterin ein ehrendes Andenken bewahren.

Deine Schritte sind verstummt, doch die Spuren deines Lebens bleiben

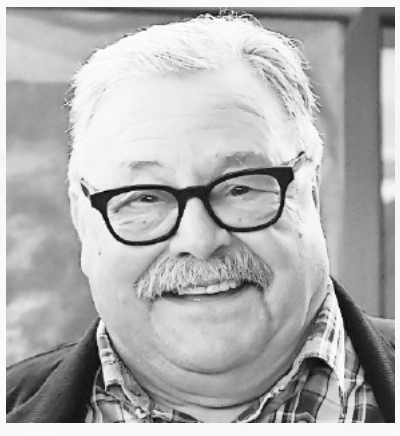
Roland Wüthrich *1.1.1949 – † 28.6.2025

Es gäbe vieles zu erzählen und doch vergisst man, das Wesentliche zu sehen: Er war ein Macher. Durch seine Weitsicht und Lebenserfahrung führte er als Präsident die SVP Weiningen zu dem, was sie heute ist. Unzählige Stunden hat er in seinem Kämmerlein investiert, um organisatorische Probleme zu lösen und Sitzungen sowie Stämme vorzubereiten. Mit Freude und Überzeugung lenkte er unsere Ortspartei durch Gewitter, aber auch wieder in das Sünneli der SVP zurück. Er nahm an unzähligen Versammlungen und Sitzungen teil. Er stellte Plakate auf und erledigte Botengänge. Auch bei manchen Diskussionen bei einem Most oder Glas Wein mit oder ohne Jasskarten konnte man nur profitieren. Sachlich und ehrlich, wie sich das gehört als Schweizer und überzeugter SVPler. Seine Aufwände, die er geleistet hat, sind nicht mit Geld und Kränzen aufzuwiegen.

Dabei ist auch seiner Familie für ihr Verständnis für die Zeit zu danken, die Roli für die SVP sowie all die Vereine und Engagements aufgebracht hat. Mit Roli konnte man auch mal über Persönliches reden und jederzeit einen Rat einholen. Er konnte zuhören und hatte immer eine Lösung oder einen Vorschlag bereit. Aber zuoberst stand trotz all seiner vielen Engagements und Hobbys seine Familie. Er war ein liebevoller und unvergesslicher Vater und Ehemann.

Wir halten dich in Ehren.

Vorstand und die Mitglieder
der SVP Weiningen



Nebenamtliche/r Richter/in mit Hauptsprache Deutsch

Bundesgericht

Mobil und Homeoffice / 15–20 %

Diesen Beitrag können Sie leisten

- Referate erarbeiten und an den Entscheiden des Bundesgerichts flexibel mitwirken

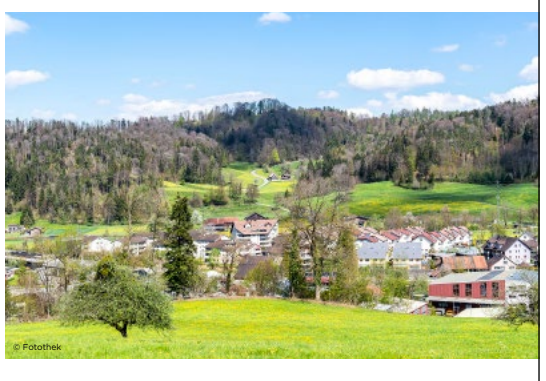
Das macht Sie einzigartig

- Fundierte juristische Ausbildung und umfassende Rechtskenntnisse, idealerweise mit vertieften Kenntnissen im öffentlichen Recht
- Mehrjährige Erfahrung im Justizbereich, vorzugsweise an einem Gericht oder in einer Advokatur
- Hohe zeitliche Flexibilität
- Beherrschung der deutschen Sprache sowie gute Kenntnisse einer zweiten, ev. einer dritten Amtssprache
- Schweizerische Staatsangehörigkeit

Das ganze Inserat mit allen weiteren Informationen zum Bewerbungsprozesse erhalten Sie mit diesem QR-Code:

1. August-Feier
in Wila

Festgelände Hofwies
Freitag, 1. August 2025



ab 19.00 Uhr gedeckte Festwirtschaft

20.30 Uhr Festansprache von Alexandra Pfister (SVP), OK-Präsidentin Albisgüetli-Tagung
Lampionumzug mit Betreuung

anschliessend Höhenfeuer

Musikalische Unterhaltung durch Ueli Bodenmann

Organisator: SVP Wila

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00–21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen / Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen / Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon / Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster / Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Bonstetten
Donnerstag, 21. August 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, u.a. mit Nationalrat Martin Hübscher.

Samstag, 30. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz an der Dorfchilbi, Dorfplatz, Bonstetten.

Bezirk Bülach / Bülach
Freitag, 29. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz am Büüli Fäscht, Marktgasse, Bülach.

Bezirk Meilen / Zollikon
Samstag, 16. August 2025, bis Montag, 18. August 2025, SVP-Stand an der Chilbi, Dorfplatz, Zollikon.

Bezirk Meilen / Zumikon
Samstag, 23. August 2025, 11.00 Uhr, Jubiläums-Grillplausch, Feuerstelle Strubenwis, oberhalb Golfplatz, Weid 9, Zumikon, mit Nationalrat Andreas Glarner. Anmeldung bis 21. August 2025 unter gerard.olivary@bluewin.ch.

Bezirk Uster / Uster
Donnerstag, 28. August 2025, 18.30 Uhr, Sommeranlass, Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse 20, Uster, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 30. August 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 13. August 2025, 18.30 Uhr, Sonderparteitag der SVP des Kantons Zürich, Neumarkt, Winterthur.

Mittwoch, 27. August 2025, 13.45–17.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6, Zürich, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Gregor Rutz. Anmeldung unter sekretariat@svp-zuerich.ch oder 044 217 77 66.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiessen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

BUNDESFEIERTAG

Redaktion und Verlag wünschen allen Leserinnen und Lesern einen schönen 1. August!

Die nächste Ausgabe des Zürcher Bote erscheint am Freitag, 8. August 2025.

BUNDESFEIERN

Bezirk Affoltern
Freitag, 1. August 2025, 19.00 Uhr, Löwenplatz (bei schlechtem Wetter im Löwensaal), Hausen am Albis, mit **Regierungsrätin Natalie Rickli.**

Freitag, 1. August 2025, 19.30 Uhr, beim Gemeindesaal, Zur Mühle 4, Kappel am Albis, mit **Nationalrat Gregor Rutz.**

Bezirk Bülach
Freitag, 1. August 2025, 11.30 Uhr, Saalsporthalle Schalmenacker, Schalmenackerwäg 2, Rafz, mit **Kantonsrätin Romaine Rogenmoser.**

Freitag, 1. August 2025, 20.45 Uhr, auf dem Hügel in Oberwil, oberhalb Breitenloostrasse, Nürensdorf, mit **Kantonsrat Tobias Weidmann,** Fraktionspräsident.

Bezirk Dielsdorf
Freitag, 1. August 2025, 21.00 Uhr, Rebhaus, Dorfstrasse 113, Watt, mit **Nationalrat Marcel Dettling,** Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Dietikon
Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Waldhütte, Lielistrasse 50, Aesch, mit **Nationalrätin Nina Fehr Düsel.**

Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Embriareal, Im Embri 8, Urdorf, mit **Nationalrat Benjamin Fischer.**

Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Primarschulgelände, Birmensdorf, mit **Kantonsrat Roger Schmidinger.**

Bezirk Hinwil
Freitag, 1. August 2025, 19.30 Uhr, Gemeindeparkplatz, Oberdürntnerstrasse 6, Dürnten, mit **Nationalrat Marcel Dettling,** Präsident SVP Schweiz.

Freitag, 1. August 2025, 20.00 Uhr, Festhütte Altrüti, Altrütistrasse 4, Gossau, mit **Nationalrat Alfred Heer.**

Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Halle Schmid Kran AG, Plattenstrasse/Hombrechtikerstrasse, Grüningen, mit **Kantonsrat Daniel Wäfler.**

Bezirk Meilen
Freitag, 1. August 2025, 18.00 Uhr, bei der Badi, Schachenstrasse 6, Oetwil am See.

Freitag, 1. August 2025, 21.00 Uhr, Festplatz an der Aussichtstrasse, Herrliberg, mit **Kantonsrat Domenik Ledergerber,** Präsident SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Pfäffikon
Donnerstag, 31. Juli 2025, 19.00 Uhr, Heiget-Huus, Schulhausstrasse 22, Fehraltorf, mit **Nationalrat Martin Hübscher.**

Freitag, 1. August 2025, 19.00 Uhr, beim Restaurant Freihof, Ludetswilerstrasse 19, Neschwil, mit **Kantonsrätin Romaine Rogenmoser.**

Freitag, 1. August 2025, 19.00 Uhr, Festgelände Hofwies, Wila.

Bezirk Winterthur
Freitag, 1. August 2025, 20.00 Uhr, Schützenhaus, Festzelt, Hagenbuch, mit **Nationalrat Martin Hübscher.**

Stadt Zürich
Freitag, 1. August 2025, 11.30 Uhr, Grossmünster, Zürich, mit **Regierungsrätin Natalie Rickli.**

Kanton Basel-Landschaft
Freitag, 1. August 2025, 17.00 Uhr, Berghaus Oberbölchen, Festzelt, Ober Bölchen 109, Eptingen BL, mit **Bundesrat Albert Rösti** und **Alt Nationalrat Roger Köppel.** Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-rehag.ch.

Kanton Schaffhausen
Freitag, 1. August 2025, 17.30 Uhr, Rastplatz Rummelen, Hallau SH, mit **Nationalrat Martin Hübscher.**

Kanton St. Gallen
Freitag, 1. August 2025, 10.00 Uhr, Alp Schindelberg, Goldingen SG, mit **Alt Bundesrat Ueli Maurer.** Nur mit zweistündigem Fussmarsch erreichbar.

Freitag, 1. August 2025, 18.30 Uhr, Bauernhof der Familie Müller, Goldberg 108, Schmerikon SG, mit **Nationalrat Thomas Matter.** Anmeldung bis 27. Juli 2025 unter event@svp-schmerikon.ch.